

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreise monatlich (bei Post 2 RM, halbjährlich 10 RM, jährlich 20 RM, (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Ostbahnhofstr. 2 / Grenzbecker: 17 250 / Postfachnummer Dresden Nr. 15560, Dresdner Verlagsgesellschaft  
Schäftsstelle: Dresden-21, Ostbahnhofstr. 2 / Fernschreib. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtschreib. Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die normal gefaltete Anzeigenzeile oder deren Raum 0,55 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM. Die Reflektierte einschließlich an den dreifachen Teil einer Zeile 1,50 RM. Einzelzeilen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Ostbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Druckkosten besteht kein Anspruch auf Freierum der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 28. März 1928

Nummer 75

## Un den Pranger mit den AmnestieVERRÄTERN!

Die Fememord-Begünstiger der SPD verhindern die Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen

Die Geschichte der Schandpolitik der SPD-Führer gegen die Arbeiterklasse ist ein Ruhmesblatt reicher. Die SPD-Reichstagsfraktion hat — und das zweifellos im Einverständnis mit ihrer Parteileitung, die seit geschloffen der Reichstagsfraktion angehört — den Amnestie-Gesetzesentwurf zum Scheitern gebracht.

Unter dem Druck der öffentlichen Meinung des ganzen Proletariats und zahlloser christlicher Sympathisierender aus den anderen werktätigen Schichten hatte sich der Abgeordnete Kohnfeld bekanntlich im Amnestieauschuss verpflichtet, einen Kompromissentwurf, der den proletarischen Gefangenen entweder die Freiheit oder wenigstens Erleichterungen bringen sollte, seiner Fraktion zur Annahme vorzuschlagen. Diese Fraktion aber wagt es, den Entwurf abzulehnen. Das wird nie vergessen werden!

Von den Tagen der Kasse-Schlächtereien bis auf unsere Zeit hat die Sozialdemokratie als Führerin der Gegenrevolution der Arbeiterklasse die blutigsten Wunden und die furchtbaren Schläge beigetragen. Auf ihr Konto fällt der Hauptanteil an der Verantwortlichkeit für zehn Jahre Marsch, Totschlag, Unterdrückung, Ausplünderung und jede Art von Vergewaltigung des geltenden bürgerlichen Rechts und seiner kümmerlichen Freiheiten, aber in all den zehn Jahren Klassenverrat gibt es kaum einen Fall, der ähnlich ausreißend wirkt, wie dieser letzte Schandakt der Kasse-Partei. Durch die besondere Lage, in die die Deutschnationalen verwickelt waren, die ihre fünf Fememörder herbringen wollten, bestand eine ganz außerordentliche parlamentarische Möglichkeit, 355 proletarische Gefangene, darunter unter Kohnfeld und unter Kasper, entweder freizubekommen oder noch ihre Lage ganz wesentlich zu verbessern. Aber die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die sogenannten „Arbeitervertreter“, durfte nicht zulassen, daß diese Möglichkeit ausgenutzt wird. Wenn das deutsche Proletariat, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter selbst auch nur einen Funken von Solidarität und Klassenbewußtsein noch haben, dann wird den Schandurkunden aus der Reichstagsfraktion, die zur den Amnestieentwurf gestimmt haben, der Streich teuer bezahlt werden. Kein sozialdemokratischer Abgeordneter darf in einer Verleumdung auftreten, sich vor den Proletariats zeigen; der türmliche Protest der Arbeiter muß ihn hinwegjagen.

Die kommunistische Partei fordert alle ihre Mitglieder, alle ihre Freunde auf, in jedem Bettel, in jeder Gewerkschaft, in jedem Arbeiterverein die Anhänger der Amnestieverräter und diese selbst, wenn sie sich zu zeigen wagen, zu hassen. Un den Pranger vor der ganzen proletarischen Öffentlichkeit die Klassenverräter!

Nach noch ungeheurerer wie der Beschluß ist die Verhandlung des Beschlusses. Der Vorwärts und die Dresdener Volkszeitung geben sie im Auftrag der Reichstagsfraktion. Sie werfen sich als Vertreter der Klasseninteressen und der Arbeiter auf, die es nicht erlaube, daß mit den proletarischen Gefangenen die Fememörder Erleichterungen erreichen würden. „Die sozialdemokratische Partei verhaute sich selber die Möglichkeit, in Zukunft noch Möglichkeit der Verhaftung und milderer Justiz gegen rechts zu rügen, wenn sie die geringen Erfolge, die sie im Kampf für die Anwendung der Geleise auch nach rechts erzielt hatte, durch die Annahme eines solchen Antrages selber vernichten hätte. Polizeibeamte, die sich weigerten, etwas gegen rechts zu verordnen, Richter, in deren Hand das Schwert des Rechts, sobald es gegen rechts geschwungen werden sollte, stumpf wurde — sie alle könnten sich dann darauf berufen, daß die Sozialdemokratie ja selber die bisher gegen rechts gefällten Urteile zu scharf befanden, gemildert habe.“ Der Vorwärts nennt die Fememörder Leute, die an Gemeinheit der Gesinnung, an weiblicher Rohheit bei Ausübung ihrer Taten und an Feigheit ihres Verhaltens vor Gericht das Menschenunwürdigste geleistet hätten, gegen sie gebe es keine Mitleid. So spricht die Partei des Kasse-Mords, so spricht die Partei der notorischen Fememörderbegünstigung in Oberdeutschland, die Schöpferin der aus 120 Mann unter ihrer Führung eingeleiteten „Spezialpolizei“ zur Bekämpfung von „Landesverrätern“. So spricht die Partei nicht nur der Inspiratoren, sondern auch der Helfershelfer der Reichsgerichtsdarstellung gegen die revolutionären Arbeiter. So spricht die Partei, deren Berliner Polizeipräsident die Aufhängerfolgungsjagd der Fememörder an Grotzschke und Wilm, bereits 1923 bekanntgemorden, 1925 im Auftrag Severings anordnete. So spricht die Partei, die durch Severing den Kärntner Justizminister und Fememörder Amnestieverbrecher sowie freien Abzug mit Waffen zukommen ließ. So spricht die Partei, die, wie eine Denkschrift Nieders feststellt, aus Fememörder-Mitteln gekauft worden ist. So spricht die Partei, die im ganzen

Reiche, aber insbesondere in Preußen, mitverantwortlich ist für den Strafvolk mit terroristischen Mitteln gegen links und mit Glacéhandschuhen gegen rechts in der Justizhaus-Republik. Jawohl, die Schulz und Konforten gehören an die Wand gestellt. Aber wenn es darum geht, zu den anderen in der Republik frei herumlaufenden und in der Republik herrschenden Arbeitermördern noch fünf weiteren Verbrechern die Freiheit zu verschaffen, jedoch damit 355 geschundenen Opfern der Klassenjustiz die Freiheit zu verschaffen, dann gibt es für uns keine höhere Pflicht als die, zumutigen einem Amnestieantrag zur Befreiung unserer Opfer, auch wenn man nebenbei ein kleines Geschenk für die Deutschnationalen und ihre Fememörder mit in Kauf nehmen muß.

Der Gipfelpunkt der proproletarischen Frechheit der SPD-Fraktion ist aber noch nicht einmal dieser Teil der Begründung ihres Schandstückes. Der Gipfelpunkt ist vielmehr dies: die SPD-Fraktion magt es, den Arbeitern

nach alledem noch vorzureden, „Sie will die Amnestie nach links... Die Sozialdemokratie wird bei den Wahlen dafür kämpfen, daß eine weitgehende Amnestie erlassen wird. Sie wird weiter eintreten für Gerechtigkeit und Menschlichkeit“. Die SPD-Propagandisten sollen es wagen, im Wahlkampf als Vorkämpfer der Amnestie aufzutreten. Ihnen wird heimgeschickt werden. Die Arbeiter werden ihnen zu verzeihen geben, daß ihre republikanische Prinzipienreue darauf hinausläuft, den Fememördern etwas zu „verweigern“, was ihnen ohne die schon erwähnte, aber damit den proletarischen Gefangenen zu nehmen, was sie unter ganz außerordentlichen Verhältnissen hätten erreichen können: die Befreiung aus den Justizhäusern der Ebert-Hindenburg-Republik.

355 proletarische Gefangene, 355 Opfer der Klassenjustiz, 355 Vorkämpfer unseres Befreiungskampfes müssen weiter geschunden werden, so wollte es die Reichstagsfraktion der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, darauf wird ihr die Antwort werden!

## Triumph der Reaktion

Zur Haltung der SPD

Die bürgerliche Presse kann ihre Freude über die ablehnende Haltung der sozialdemokratischen Führer in der Amnestiefrage nicht verhehlen. Diese Freude wird auch dadurch nicht getrübt, daß bereit durch die ablehnende Haltung der Sozialdemokraten die Fememörder noch in Haft bleiben müssen. Weis doch die Reichspresse ganz genau, daß die Haft der Fememörder für sie selbst eine sehr erträgliche ist, und die Fememörder aber fast oder lang doch in Freiheit gesetzt werden. Viel wichtiger für die deutsche Reaktion ist die Tatsache, daß durch die verbrecherische Handlungswelle der SPD-Führer 355 proletarische politische Gefangene dazu verurteilt werden, daß weiterhin hinter den Justizhausmauern zu schmachten. Darum auch die Freude über die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion. Die Tägliche Rundschau schreibt dazu:

„Mit dieser Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion ist die Amnestieaktion, soweit der alte Reichstag noch in Frage kommt, endgültig begraben (1). Für den vorgelegten Entwurf ist keine Mehrheit zu gewinnen, nachdem die Sozialdemokraten es abgelehnt haben, dafür einzutreten. Der Rechtsanspruch wird also keine weitere Veranlassung mehr haben, sich mit der Frage zu beschäftigen.“

Für die Kommunisten ist dieser Ausgang von erheblicher Tragweite, da mehrere kommunistische Abgeordnete in den Vorschlag gegen die kommunistische Parteizentrale verwickelt sind und nach der Auflösung des Reichstages und dem Verlust ihrer Immunität sicher damit rechnen müssen, daß sie zur Verantwortung gezogen werden.“

Die Tägliche Rundschau spricht hier also offen aus, was wir schon oben betonten. Zugleich aber charakterisiert die folgende Ausfaltung dieses Winkes die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die, wie bekannt, mit der Amnestie insofern ein Parteigebot machen will, als sie die Arbeiterpartei auf eine Amnestie nach den Wahlen verpflichtet, wenn die Sozialdemokratie wahrscheinlich in der Reichsregierung sitzen wird. Es soll dann eine „Amnestie von sozialdemokratischen Gnaden“ geben. Die Tägliche Rundschau schreibt:

„... Das Schicksal gerade dieser Männer (der Fememörder) wird hoffentlich den nächsten Reichstag sobald als möglich beschäftigen und ihm zu einer Entscheidung ihres Vorgesetzten Veranlassung geben.“

Das Organ der Volksparteiers Streikmann, das Organ jener Partei, die wahrscheinlich gemeinsam mit den Sozialdemokraten nach den Wahlen die große Koalition bilden wird, spricht hier also unerschrocken aus, daß sie gleich den Sozialdemokraten nach den Wahlen ein Parteigebot (aber aus alter Liebe zu ihren deutschnationalen Bürgerblockbrüdern) hinsichtlich der Begnadigung der Fememörder machen will. Die sozialdemokratischen Führer werden sich nach den Wahlen diesem Wunsch ihrer volksparteierischen Koalitionsgenossen nicht verschließen können und bei dem Erfolg einer Amnestie auch die Fememörder mit begnadigen müssen. Diese Tatsache erlaubt nochmals mit einem Schloß das ganze sozialdemokratische Gerbe darüber, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Augenblick deswegen nicht zustimmen könne, weil dann auch die Fememörder mit begnadigt werden müssen. Die Zustimmung für diese Beschlüsse wird die Arbeiterpartei der SPD früher bei den Wahlen erteilen.

## Die Bürgerblockregierung bleibt

Mit Hilfe der SPD reaktionäre Maßnahmen gegen die Arbeiter

Wie berichtet wird, wird die Bürgerblockregierung ihre Gesamtsitzung dem Reichspräsidenten nicht kurz nach der Auflösung des Reichstages, der Ende dieser Woche auseinandergeht, überreichen und dann bis zur Bildung der neuen Regierung als geschäftsführendes Kabinett im Amt bleiben, sondern die Bürgerblockregierung betrachtet sich, weil sie kein direktes Mißtrauensvotum erhalten hat, nach wie vor als rechtmäßige Regierung. Ihre Demission wird erst erfolgen, wenn der neu gewählte Reichstag versammelt ist, und dies wird voraussichtlich erst Ende Juli der Fall sein.

Winter dieser unheimlichen Mitteilung vertritt sich die Tatsache, daß die Bürgerblockregierung, der durch die Schuld der Sozialdemokraten und ihrer demokratischen und volksparteierischen Koalitionsgenossen kein Mißtrauensvotum ausgesprochen wurde, noch die gesamte Zeit zwischen der Auflösung des Reichstages und dem Wiederzusammentritt des neuen Reichstages im weitesten Maße zu reaktionären Maßnahmen gegenüber den werktätigen Massen ausnützte wird. Hier ist vor allen Dingen zu nennen, daß die Bürgerblockregierung den gesamten Staatsapparat, der sich noch zum großen

Teile in den Händen ihrer Anhänger befindet, zur Wahlagitiation für die Bürgerblockparteien ausnützen wird.

In einer Sitzung der Bürgerblockregierung, die heute stattfand, ist in diesem Zusammenhang zur Rolle des Rundfunkes in der Wahlagitiation Stellung genommen worden. Da hier angeblich „parteiliche Agitation“, also auch Wahlreden im Rundfunk verboten sind (natürlich nur für Kommunisten) hat die Bürgerblockregierung den Reichsfunkenminister beauftragt, sich mit den Parteien (natürlich werden die Kommunisten wieder ausgeschlossen werden) in Verbindung zu setzen, um eventuell zu einem Abkommensvertrag über die Ausnützung des bestehenden Zustandes zu kommen.

Es kann kein Zweifel darüber herrschen, daß die gesamten Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen zu einer Einigung kommen werden. Aber selbst wenn diese nicht erfolgt, so kann die Arbeiterpartei überzeugt sein, daß der Rundfunk nach wie vor den bürgerlichen Parteien und auch den Sozialdemokraten zur Wahlagitiation zur Verfügung steht und man die kommunistische Partei dagegen inermäßig von der Benutzung des Rundfunks zur Wahlagitiation ausschließen wird.

Vertical list of small advertisements on the left margin, including names like 'WITZ', 'Schuster', 'Kaufmann', etc.

# Die SPD in der Rhoebus-Front

Sozialdemokraten bewilligen 7 Millionen für Rhoebus.

Am Reichstag gab es am Dienstag noch einmal einen "großen Tag". Auf der Ballgalerie, die drei Tage lang die Stadionsitzgeheile des Herrn von Rhoebus gequält hatte, saß der arisch-blonde Reichschamminister Grotzer. Auf den übrigen Regierungsbänken aber wimmelte es von Reichswehr- und Marineuniformen, hand hoch der Haushalt der Reichsmarine und im Zusammenhang damit der Rhoebus-Standal zur Debatte.

Wie der Präsident Loebe um 10 Uhr vormittags die Sitzung eröffnete, fanden sich im Saale gerade zwei wichtige Tische des Reichstages. Abg. Kuhn (SPD) erklärte, die Mittel für das neue Panzerdiesel abzubauen zu müssen. Er begründete das u. a. damit, daß die Klüppel der Schiffsgladien sich auf verächtlichen Vintendischen schwarzweißrot angefrachten und! Ebenso witterte er gegen die Beförderung des Kapitäns von Womelsdorf zum Konteradmiral. Das ist derselbe von Womelsdorf, der als Belohnung für seinen Hochverrat 1920 zum Generaloberst als Kapitän des Kreuzers "Berlin" auf eine Insel verbannt wurde. Aus dieser Tat aber erhebt die Ernährungsfrage des sozialdemokratischen Kampfes gegen monarchistische Verdränger! — Der Abgeordnete Wegmann (N) erklärt, daß die 70 Millionen für den Panzerdiesel die Spaltung armer Kinder nicht gefährde, weshalb keine Abkündigung zulässig. Brüninghaus, der bekannte Regierungsadmiral der Deutschen Volkspartei, will glaubhaft machen, daß die deutsche Kriegsmarine unter Umständen gegen Polen dienen würde. Von Kricheldorf (Dem.) erklärt, gegen die erste Rate der Panzerdiesel zu stimmen. Hierauf erhält das Wort Genosse Reddemeyer, der wie der nach ihm folgende Genosse Schüller eingehend zu dem Marineetat Stellung nimmt. Die Aussage aus den Reihen der beiden kommunistischen Redner werden wir morgen wiedergeben.

Bei den Abstimmungen zum Marineetat wird der kommunistische Antrag auf Streichung der Mittel für das neue Panzerdiesel gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten und einiger Bauernbündler abgelehnt. Der kommunistische Antrag auf nennentliche Abstimmung halten die Sozialdemokraten mit den Bürgerlichen niederstimmeln. (Gegenüber der Haltung beim Kultusetat bewilligte die SPD 40000 M. für die Seehorde der Matrosenvereine und schließlich den Gesamtmarineetat in Höhe von 170 Millionen M.). Alle weiteren Streichungsanträge werden abgelehnt und der Marineetat in zweiter Lesung angenommen.

Bei der Abstimmung über die im Nachtragsetat eingestellten 7 Millionen zur Deckung der Rhoebus-Verpflichtungen offenbarte sich wieder einmal das doppelte Gesicht der SPD. Im Ausschluß hatten sie zugestimmt, aber in der Öffentlichkeit des Reichstages behielten sie am ehesten mit den übrigen Linken die Streichung an! Die letztendliche Ausschlußentscheidung gegen den Rhoebus-Standal wird schließlich gegen Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Nach einigen weiteren Abstimmungen verläßt sich das Haus am Mittwoch 10 Uhr, wo der allgemeine Anmarsch auf der Tagesordnung steht.

## Dormüllers Korruptionsjumpf

Berlin, 28. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die juristische Putschelle teilt mit: Anlässlich der Untersuchung wegen der Vorgänge beim Eisenbahnkonzern gehen die Staatsanwaltschaften scharfere zum Teil annehme Anzeigen über angebliche Untergeldzahlungen bei der Reichsbahn ein, die zum Teil sehr beachtliche Anhaltspunkte für die weitere Untersuchung geben. Sämtliche Mittelungen, auch soweit sie annehmen und werden eingehend nachgeprüft. Es würde die Untersuchung sehr erleichtern, wenn die Mittelungen mit Nennung des Namens und des Pannomaterials erfolgen würden.

Diese Mittelung benötigt die ausgedehnte Korruptionsnichtigkeit, die unter der Herr Dormüllers bei der Reichsbahnbeauftragungstelle sich emwickelt hat.

## Birth auf der Zentrumsliste

Berlin, 28. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die rote Jahne meldet von Vereinbarungen, die die Spitzen des Zentrums mit Dr. Birth getroffen haben. Es fand eine ausgedehnte Besprechung statt, und zwar mit Dr. Siegelwald, mit Marx, dem Arbeitsminister Dr. Brauns, dem Arbeitsminister Dr. Birth, Es kam in der Besprechung Heberer-Einstimmung über politische und soziale Fragen der Gegenwart und nahen Zukunft zustande. Der Wahlkampf soll einmütig und geschlossen geführt werden. Dr. Birth erklärte, daß er einen Heberer-Bild über seine politische Tätigkeit war in Gemeinschaft mit den Führern der Parteien nach gründlich überprüfter Staatsanwaltschaft polizeilich werde. Es wurde empfohlen, Dr. Birth auf die Reichsliste aufzunehmen. Der Vorsitzende der Reichlichen Zentrumsliste erklärte sich damit einverstanden.

# Der Buchdrucker-Verbandsvorstand kapituliert!

Reformisten fordern Unterwerfung unter das Schlichtungsdiktat — Streitbeschluss in Berlin

Der Hauptvorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hat mit dem arisch-blonnen Guttenberg eine Unterwerfungserklärung veröffentlicht. Das Dokument lautet in seinen wesentlichen Teilen:

„Som Reichsarbeitsministerium in der vom Zentral-Schlichtungsamt am 9. März gefällte Schlichtungspraxis zur verbindlich erklärt worden. Damit wird die Bewegung zur Verbesserung dieses Schlichtungspraxis durch staatlichen Einwirkungsmaßnahmen, die Organisations- und infolgegeheilen arbeitsgesetzlichen, die empfohlenen und von der gesamten Arbeiterchaft des Buchdruckerwerkes durchgeführten Maßnahmen aufzuheben.“

Das Unterwerfungswort von wieder schwerer als das Wort der Arbeitnehmer! Mit einem Gewissen lagten dabei die Organisations- „Der Minister, das war kein gerechter Entschluß!“ (1) Tron allem müssen die Organisations nun an alle Arbeitnehmer des Buchdruckerwerkes die Aufforderung richten, die durch den Wahlkampf des Arbeitsministeriums gefällte Lage zu beachten.“

Diese Erklärung wurde abgegeben, um die Verantwortung für die Kampfmaßnahmen abzulehnen, die jetzt die Buchdrucker selbst treffen wollen. Denn sie und nimmer dürfen sich die Buchdrucker durch dieses Dokument davon abhalten lassen, im Kampf ihre Forderungen zu erzwingen.

Trotzdem diese Erklärung des Verbandesvorstandes am Montag bereits bekannt war, hat sie auf die Buchdrucker keinerlei Eindruck gemacht. In der am Montag stattgefundenen überfüllten Versammlung der Berliner Buchdrucker herrschte eine glänzende Kampfsituation. Einmütig waren die Buchdrucker der Ansicht, daß trotz der Verbindlichkeitsklärung und der „gesetzlich korrekten“ Haltung der Verbandsinstanzen der Kampf aufgenommen werden muß. Die in den meisten Bezirken teils mit großer Mehrheit und teils einstimmig angenommenen Resolutionen haben folgenden Wortlaut:

„Die am 26. März tagende Mitgliederversammlung des zweiten Bezirkes des Verbandes der deutschen Buchdrucker weist den Schlichtungspraxis des Zentral-Schlichtungsamtes mit Entrüstung zurück. Die Zulage von 3,50 Mark ist nicht entfernt ein Ausgleich für

# Tarifentscheidung im Metallarbeiterkampf

Heute Generalversammlung des DMB

Heute abend nahmen die Vertrauensmänner des DMB in der Generalversammlung zu dem Schlichtungspraxis über den Mantelvertrag Stellung. Ein Schlichtungspraxis über den Lohnvertrag ist noch nicht gefällig. Wie wir erfahren, sind Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Lohnvertrages zur Zeit noch im Gange. Vor der Generalversammlung wird heute abend nur die Entscheidung über den Schlichtungspraxis zum Mantelvertrag stehen. Wie uns bekannt wird, ist in den Betrieben von Meurer und von Seidel u. Naumann von Mitgliedern der Verhandlungskommission vor einem engeren Kreise von Betriebsvertrauensleuten und in Betriebsversammlungen über den Inhalt des Schlichtungspraxis Aufklärung gegeben worden. Es befindet sich, was wir bereits am Sonnabend geschrieben haben, in den wesentlichen Punkten bleiben die Forderungen des Metallarbeiterverbandes unberührt. In der Frage der Arbeitszeit, in der Frage der Prozenttabelle, in der Ferienfrage und in den Affordberechnungen treten so gut wie keinerlei Veränderungen ein. Das einzige, was erreicht ist, bezieht sich auf Verbesserungen in der Lehrlingsfrage, und zwar in Bezug auf ihre Lohnbemessung und Eingliederung in die Prozenttabelle und Verbesserungen für die Lehrlinge in Bezug auf die Ferienfrage. Wie wir weiter erfahren, erklärt der § 17 des Tarifvertrages insofern eine Änderung, als die Entlohnung der hochqualifizierten Stundenlöhner nach der Richtung hin geändert wird, daß sie in Zukunft bis zu 10 Punkte über die Höhe der Spalte 4 der Prozenttabelle hinaus entlohnt werden können, bisher sah der Tarifvertrag im Höchstfalle 20 Punkte vor. Das Gesamtresultat des Schlichtungspraxis trägt, wie bereits oben betont, den berechtigten Forderungen der Metallarbeiter auch nicht im entferntesten Rechnung. Hinzu kommt, daß der Mantelvertrag die Metallarbeiter auf 1 1/2 Jahr binden soll. Es ist klar, daß die Metallarbeiter einem solchen Schlichtungspraxis auf keinen Fall ihre Zustimmung geben können. Der Schlichtungspraxis muß von den Vertrauensleuten abgelehnt werden. Darüber hinaus muß das Ergebnis der Schlichtungsverhandlungen sofort den berechtigten Forderungen der Metallarbeiter in Betriebsversammlungen vorgelegt werden. Mit der Geheimdiplomatie der Ortsverwaltung muß gekrochen werden. Angeht dieses Ergebnis bleibt den lächlichen Metallarbeitern keine andere Wahl, als ihre Forderungen im Kampf durchzusetzen. Nur durch den eigenen Kampf können die Metallarbeiter zu ihrem Ziele gelangen. Die Praxis zeigt auch an diesem Beispiel wieder, was die Metallarbeiter zum Schlichtungspraxis zu erwarten haben. In den einzelnen Betrieben, so auch bei Meurer, haben die Arbeiter in Betriebsversammlungen und in Entschlüsse ihren Willen zum Kampf Ausdruck gegeben. Bei der Firma Meurer haben die Arbeiter am

vergangenen Montag folgende Entschlüsse, die von parteilosen und sozialdemokratischen Betriebsfunktionären eingebracht wurde:

## Entschlüsse

Die Tarifabschlüsse der letzten Zeit in den verschiedenen Industrien haben gezeigt, daß die Schlichter durchaus kein Bündnis für die Notlage der Arbeiterchaft haben. Wir verlangen, daß man uns in unserem Tarifkampf ebenfalls einen angemessenen Lohn durch Schlichtungspraxis aufzwingen wird, durch den unserer Notlage keinesfalls Rechnung getragen wird.

Wir verlangen deshalb von der Verbandsleitung, daß sie von unseren berechtigten Forderungen (Lohn, Arbeitszeit, Ferien, Afford) keinen Schritt zurückgeht und daß trotz jeder Verbindlichkeitsklärung der Kampf sofort aufgenommen wird. Ferner muß der Kampf aufgenommen werden für die Forderung des Schlichtungspraxis, da die gefällten Schlichtungspraxis zu Gunsten der Arbeiterchaft ausfallen.

Nach dem Verhalten der sozialdemokratischen DMB-Funktionäre ist anzunehmen, daß in der heute abend tagenden Generalversammlung als Ablenkungsmanöver eine planmäßig organisierte Hebe gegen die Opposition einleiten wird. Insbesondere wird, wie wir erfahren, von der DMB-Führung in der schärfsten Weise gegen die Arbeiterstimme zu Felde gezogen werden, weil wir am Sonnabend geschrieben, die DMB-Führung haben den Schlichter angetreten. Wie uns nachträglich bekannt wird, ist das nicht der Fall. Daß wir zu einer laienhaften Auffassung kommen müßten, ist die Schuld der Ortsverwaltung, die nichts getan hat, um die Presse über den Verlauf der für die gesamte Arbeiterchaft wichtigen Tarifverhandlungen in der Metallindustrie zu informieren. Mit dieser beabsichtigten Hebe gegen die Opposition soll jedoch nur vertrieben werden, die Geheimdiplomatie des DMB zu rechtfertigen. Die Vertrauensleute dürfen sich nicht betren lassen. Das Ergebnis der Tarifverhandlungen befreit, was wir voraussetzen. Der Schlichtungspraxis ist unannehmbar. Die Generalversammlung muß den Schlichtungspraxis geschlossen zurückweisen und von der Ortsverwaltung verlangen, sofort Kampfparabereitungen zu treffen, um die Forderungen der Metallarbeiter restlos durchzusetzen.

Wißt der Metallarbeiter ist es, schon morgen und am Freitag in allen Betrieben zu dem Ergebnis der Schlichtungsverhandlungen Stellung zu nehmen. Von den Vertrauensleuten muß verlangt werden, sofort die Reichserhaltung in den Betrieben durchzuführen.

## KPD-Metallarbeiter-Vollversammlung

Donnerstag den 29. März 19 Uhr im Bürgerklub, Große Brüdergasse, Vollversammlung aller KPD-Metallarbeiter. Das Erscheinen aller Genossen ist außerordentlich wichtig. Fraktionsleitung.

## Schlichter Wiffel

Der Mann der Verbindlichkeitsklärung für die Kapitalisten Epizentralband der SPD

Wie der Vorwärts mitteilt, hat der Parteitag für den Bezirk Brandenburg-Grenzmark, der sicher aus parteivorstandsbekanntem Elemente zusammengestellt war, als Epizentralbanden in den Reichstagswahlen für Potsdam 1 Rudolf Wiffel bestimmt. Das ist derselbe Wiffel, der als wohlbestellter Schlichter der Bürgerregierung unzählige Beispiele der Arbeiterschaft durch Schlichtungspraxis, deren Verbindlichkeitsklärung er beim Bürgerregierungspräsidenten beantragte, abgemürgelt hat. So hat Wiffel noch vor wenigen Wochen gegenüber den Berliner Werkzeugmachern einen Schlichtungspraxis gefällig, und in dem seine Verhöhnungsrede, die reformistischen Gewerkschaftsführer, sich trotz der Verbindlichkeitsklärung unterwarfen, die Berliner Werkzeugmacher mit ein paar Hungerpennigen Lohn-erhöhung wieder in die Betriebe gejagt.

Wenn jetzt der Parteivorstand diesen selben Wiffel als Epizentralbanden der Arbeiterschaft präsentiert, so dokumentiert er damit, daß er die arbeitserföndlichen Handlungen Wiffels im vollsten Maße deckt und in Zukunft zu decken bereit ist. Diese Prozeduren nicht nur der in den Gewerkschaften oppositionell gefassten Arbeiterschaft, sondern auch in weitestem Maße der sozialdemokratischen Arbeiterschaft wird ihre verdiente Zurückweisung bei der Wahl finden.

## Der Schlichtungspraxis in der Berliner Zigarettenindustrie abgelehnt

Berlin, 28. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Weitern nahmen die Arbeiter der Zigarettenindustrie zu dem am 23. März gefällten Schlichtungspraxis Stellung, der 5 Prozent Lohnerhöhung vorsieht und bis 31. März d. N. laufen soll. Es fanden zwei hartebesuchte Versammlungen statt, die den Schlichtungspraxis einstimmig ablehnten.

## Wieder ein Klassenurteil

Leipzig, 28. März. (Eig. Drahtbericht.)

Weitern fand wiederum ein sogenannter Zerlegungspraxis vor dem 1. Straßengericht statt. Angeklagt waren vier weisliche Arbeiter, die einige Nummern der legal erscheinenden Zeitschrift „Die Schulpolizei“ verteilt hatten. Angeklagt wurden 1 1/2 Jahr Gefängnis verurteilt, 1 Angeklagter wurde freigesprochen. Der Kronzeuge der Reichsanwaltschaft verhielt zur Zeit des Gefängnisstrafs wegen Falschmünzerei. Er war von der Polizei als Zeuge in die SPD und den KPD gefällig. Auf die Frage des Verteidigers ob der Zeuge für seine Aussagen bezahlt worden sei, antwortete der Kriminalbeamte: „Wir ist verpflichtet, über die Frage Auskunft zu erteilen.“ — Kommentar dazu überflüssig.

## Neuer Hochverratsprozess

Berlin, 28. März. (Eig. Drahtbericht.)

Der deutsche nationale Oberreichsanwalt hat eine Hochverratsanfrage gegen den ehemaligen verantwortlichen Redakteur des roten Jahne, Genossen Karl Vogel erhoben wegen Abwand der Teilen der Erstellung der kommunistischen Internationalen vom 29. Mai 1927 über Krieg und Kriegsgeschichte, die in der roten Jahne vom 12. Juli 1927 erschienen waren. Der Oberreichsanwalt erblickt in den kommunistischen Völkern, Krieg und Krieg, Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg und Niederlage der imperialistischen bürgerlichen Regierung im imperialistischen Krieg die Vorbereitung des Hochverrats. Diese Anfrage legt voraus, daß die Deutsche Reich zum Krieg rüft und seine Kriegsfahigkeit durch die kommunistische Propaganda für gefährdet hält. Diese neue Anfrage zeigt, wie verbrecherisch die SPD-Führer bei der Ablehnung der Amnestie handeln.

## Gegen Behördenwillkür und Uebergriffe

Die KPD-Fraktion hat folgende Anträge im Sachlichen Landtag eingebracht:

Die Berliner Pissator-Bühne (Wandstruppe) hatte für den 17., 18. und 20. März d. J. eine Tournee für die Städte Jitta, Vöben und Baugen festgelegt und zu diesem Zwecke um Genehmigung durch die Kreisaußenkommission Baugen ersucht. Die Vorstellung am 17. März im Jittaer Stadttheater wurde vom Kreisaußenkommission genehmigt, für Vöben und Baugen die Genehmigung dagegen verweigert. Die Ablehnung des Kreisaußenkommissiones führt sich auf die Bundesratsverordnung Nr. 5077 vom 3. August 1917, § 1 der Bekanntmachung über die Bedürfnisnachweise für Schauspielunternehmungen — Reichsgesetzblatt S. 681. Die Verneinung der Bedürfnisnachweise durch die Stadträte von Vöben und Baugen bedeutet die Schließung eines Ausnahmestützpunktes gegen Schauspielunternehmungen deren Aufführungen antipolitischen Charakter tragen. Ein Beweis dafür, daß die Verweigerung ein Bedürfnis gehabt hat, die Ausführung zu verhindern, ist die Tatsache, daß in Baugen ein Teil vor der Vorstellung über 500 Eintrittskarten im Vorverkauf abgekauft wurden.

Die Verordnung vom 3. August 1917 bedeutet also eine schwere Schädigung der kulturellen Wanderröhren, denn diese Verordnung willkürlich von den Stadträten einzelner Städte angewendet wird, wie in den Fällen Vöben und Baugen.

Der Landtag wolle beschließen:

- a) die Regierung zu beauftragen, den Beschluß des Kreisaußenkommissiones mit sofortiger Wirkung aufzuheben;
- b) die Polizeibehörde Baugen, die am 20. März eine Freizeitschließung gegen das Verbot der Aufführungen der Wanderröhre unterlag, unverzüglich zur Rechenschaft zu ziehen;
- c) die sachliche Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung die sofortige Aufhebung der Bundesratsverordnung vom 3. August 1917 zu fordern.

Freuden, am 26. März 1928. Richter

## Anfrage

Am Dienstag dem 20. März 1928 sollte in Baugen, in Verfolg des Verbotes der für diesen Tag festgesetzten Aufführung der Pissator-Wandstruppe, eine Protestversammlung stattfinden, in welcher auch den Besuchern — sofern dieselben bereits Karten für die Vorstellung gekauft hatten — das Eintrittsgeld zurückgefordert werden sollte. Die Versammlung wurde jedoch von der Polizeibehörde Baugen verboten.

Wir fragen die Regierung: was gedenkt sie zu tun, um in Zukunft derartige Verhinderung der Protestorgane zu verhindern?

Freuden, am 26. März 1928. Richter

und die übrigen Mitglieder der Immun. Landtagsfraktion.

## Beginn der Kampfmaßnahmen

Berlin, 28. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Berliner Buchdrucker haben sich durch Verweigerung der Ueberkünden bereits auf den Kampf vorbereitet. Die Morgenpost, eine Zeitung aus dem Arbeiterkreis, mußte bereits in der Sonntagausgabe 16 Seiten Inzerate ausfallen. Der Kampf der Buchdrucker ist schon deshalb unvermeidlich, weil keinerlei Abmachungen darüber getroffen worden sind, wie bei Rücknahme der Kündigungen zu verfahren ist, so daß Maßregelungen zu erwarten sind.

## „Sehr sonderbar!“

Es war im Jahre 1902. Die Petersburger Akademie der Wissenschaften, der die bedeutendsten Gelehrten und Künstler des russischen Rußlands angehörten und deren Ehrenmitglieder — zum Zweck der besseren Kontrolle — ein Gutachten aus der russischen Familie war, wählte ein neues Mitglied. Es war Maxim Gorki, der damals vierunddreißigjährige Schriftsteller, der im Laufe weniger Jahre durch seine vielen Arbeiten einen außerordentlichen Einfluß unter allen intellektuellen Kreisen der russischen Gesellschaft und darüber hinaus erworben und zudem auch außerhalb der Grenzen Rußlands Anerkennung fand. Das Ernennungsdekret zum Ehrenmitglied der Akademie der Wissenschaften wurde dem Kaiser Nikolaj dem Zweiten durch Postkourier vorgelegt. Der Kaiser schickte eine Handbemerkung — Handbemerkungen sind die Art, wie alle gelehrten Häuser ihren Geist leuchten lassen, ob sie nun Wilhelm oder Nikolaus heißen. Die Note, die der Kaiser für Gorki's Ernennung machte, lautete: „Sehr sonderbar!“

Die Handbemerkung verleiht ihre Wirkung nicht. Die Akademie machte dem Druck, den der zaristische Apparatus auszuüben begann, nachgeben, die Ernennung Gorki zum Ehrenmitglied wurde zurückgenommen. Zwei andere Mitglieder der Akademie, die zu den anerkanntesten Dichtern der damaligen Zeit zählten, *I. Iwanow* und *Korolenko*, dessen Werke eine Übersetzung ins Deutsche übertrug, zeigten als Antwort auf den Eintrag des Zarismus auch ihre Diplome als Mitglieder der Akademie zurück. Die Heberlebens unter den Künstlern und Gelehrten der damaligen russischen Akademie blieben nach heute mit Nachdruck auf ihre damalige Demonstration für Gorki. Denn die Wahl gerade dieses Dichters in die Akademie war unter der Anbefelung Rußlands durch die Kunst des Zarismus eine wahrhaft freibeitliche Handlung.

Als Gorki nach der Jahrhundertwende neben anderen bedeutenden Arbeiten in denen der russischen Literatur, eine kurze Erzählung schrieb, die in höchst einfachem Stil die heranwachsende Revolution verkündete. — „Der Sturm“ — wurde diese Erzählung belächelt und verachtet, fand aber bald ungeachtet um ganzen Lande umfängliche Verbreitung. In der russischen Jugend verbreitete man Gorki's „Sturm“, eine Art Gedicht in Prosa, und es erzielte sich, daß der Dichter mit diesem Hohenruf der lebendigen, unermüdeten Revolution das um Ausdruck gebracht hatte, was in den breiten Massen des gedrückten russischen Volkes schlummerte.

Es kam nicht ausbleiben, daß Maxim Gorki, wie so viele andere von ihm, in die Verbannung geschickt wurde. Im Jahre 1905 erreichte er die Erlaubnis, nach der Heimat zu gehen. Im gleichen Jahre, in dem sich ja auch die politische Bewegung mit der Akademie der Wissenschaften abspielte wurde im Moskauer Künstlertheater *Stranikow* das Drama *Die Mitternacht* aufgeführt, das in offenem Widerspruch zum Zarismus stand. Gorki's Erfolg erzielte sich nicht mehr vom Erlaß der Zensur sondern durch die Unterstützung.

## Der Freund Lenins

Es ist ein Zufall, daß Maxim Gorki, dieser politisch-künstlerischen und unerschütterlichen Dichters des russischen Volkes, eine enge und feste Freundschaft mit dem Führer der russischen Revolution und dem Genius des Weltproletariats, mit Lenin, verband. Das, was Gorki künstlerische Kraft ausmachte, — eben seine Freundschaft mit den Massen des schaffenden Volkes — war auch die Grundnote in Lenins Persönlichkeit. Auf diesem Fundament der inneren Vermittlung in den Massen, der Verbindung mit ihnen, und ihrem tiefsten Wesen, erstreckte sich auch der ganze Aufbau seiner gewaltigen und überweltlichen politischen Arbeit, von der unmittelbaren Praxis des Klassenkampfes und der Parteiarbeit bis zu den höchsten revolutionären Theorien und Wissenschaften. Auf dem gleichen Fundament erwuchs Gorki's künstlerisches Schaffen.

Maxim Gorki kam schon vor seiner künstlerischen Tätigkeit in Verbindung mit der revolutionären Bewegung. So war er in der Jugend Schriftsteller und Redakteur in einer Semischodsker, die ursprünglich gegründet wurde, um unter dem Deckmantel des patriotischen revolutionären Propagandas zu dienen zu können. Seine Tätigkeit arbeitete Gorki auch in einem Kaufmannshaus, das man zur Verhinderung der Propaganda unter dem Namen von Wolgograd *Stalinow* eingerichtet hatte. Die Parteien wurden aber gegen die revolutionären Propagandisten aufgeboten, darunter der Vater nieder, und Gorki kam demnächst ins Exil. Doch stand er in dieser Zeit noch nicht das richtige Verhältnis zur revolutionären Bewegung. Die jungen Studenten, mit denen er in Semischodka, kamen in ihm nur den „Kameraden aus dem Exil“, und Gorki selbst fühlte sich unbehaglich. Daher ließ Gorki dann seinen Weg zur Arbeiterbewegung, wurde Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Rußlands und gab seine künstlerischen Kräfte an. Im Januar 1906, während des „Märzigen Sonntags“ in Petersburg, der zum Ausgangspunkt der ersten russischen Revolution wurde, ließ die zaristische Presse Maxim Gorki verhaften. Diese Entführung des in der russischen Welt berühmten und anerkannten literarischen Dichters erregte einen Sturm der Empörung. Es ist bekannt, daß Gorki die Ergebnisse seines 3. Januar in einem kleinen Buche niedergelegt hat, das zu den Meisterwerken der Literatur zählt.

1906 ging Gorki nach dem Auslande und entfaltete eine rege Agitation gegen die Gewährung einer Amnestie an die zaristische Regierung. Damals fand, veranstaltet von den deutschen Schriftstellern, auch in Paris ein solches Fest zu seinen Ehren statt. Gorki reiste auch nach Paris und Neuchâtel und nahm dann seinen Wohnsitz auf der italienischen Insel Capri. 1907 gehörte er zu den Teilnehmern des berühmten Kongresses der russischen Sozialdemokratischen Partei in London. Aus der ganzen weiteren Zeit, während der er als Emigrant auf Capri lebte, kennen wir Gorki's Entwicklung und seine Stellungnahme zu den verschiedenen Problemen der Arbeiterbewegung, vor allem durch jene Briefe Lenins an Gorki aus den Jahren 1908 bis 1913, die sowohl zur Kenntnis des Menschen Lenin wertvollste Material ergeben als auch für Gorki ein ungewöhnliches und ehrenvolles Denkmal bilden.

In diese Zeit fällt auch die vorübergehende Neigung Gorki für eine bestimmte philosophische Richtung russischer Sozialisten, die mit dem idealistischen Philosophen Wlad und dem Empiristischem Liebknecht, und unter denen einige die „Gorkisten“ genannt wurden. Es waren insbesondere die der *Waldschmidt* *Wogdanow*, der Mitglied der Zentrale der bolschewistischen Fraktion war und mit Lenin die Redaktion des damaligen bolschewistischen Organs *Proletarier* angehörte, und *Genosse Lunatschark*, der damals mit Gorki auf Capri lebte, die jene philosophische Richtung verfochten. Im Verlaufe der Auseinandersetzungen begründete Lunatschark und Gorki mit Wogdanow auf Capri eine Schule zur Ausbildung russischer Arbeiter als Parteirevolutionäre, die jedoch immer mehr zu einem Institut im Interesse jener bestimmten philosophischen Richtung wurde. Schließlich riß die Reifikation des Proletariats mit einer dementsprechenden Erklärung von der Schule auf Capri ab. Die Richtung Wogdanows wuchs sich immer mehr zu einer nicht nur auf philosophischem Gebiete, sondern allgemein revolutionären Abweichung vom Marxismus aus. Lenin führte nun gegen diese Richtung, gegen die Gruppe der „Oswowisten“, einen unermüdeten Kampf, der mit ihrer völligen Entledigung und Ausscheidung aus der bolschewistischen Partei endete.

In dieser Periode bemühten sich die Bolschewisten, die Autorität Gorki für sich und gegen die Verfechter des unerschütterten Marxismus, gegen Lenin und die Bolschewisten, auszuspielen. Während dieser ganzen Zeit zwang Lenin niemals daran, daß Gorki seinen Weg zur revolutionären-markschistischen Arbeiterbewegung wieder zurückfinden werde, blieb mit ihm in freundschaftlichem Briefwechsel und half ihm, aus der idealistischen Richtung des Bolschewismus und der „Gorkisten“, die der allgemeinen Revolution nach der Niederlage der Revolution von 1905 bis 1906 und dem Triumph der Konterrevolution 1907 in Rußland entflohen, wieder herauszufinden.

## „Der Bittere“

Maxim Gorki heißt eigentlich *Wjese* *Karimowitsch* *Wjese*. Den Namen Gorki erhielt er als Schriftstellernamen, als er seine erste Erzählung in der Zeitschrift *Wassilj* veröffentlichte. „Gorki“, das bedeutet „der Bittere“. Und wirklich macht es eine der Wessensarten der russischen Kunst aus, daß er in all den Schilderungen des russischen Volkes niemals beschönigt, verheimlicht, idealisiert, verkleinert. Er zeigt die Menschen, die Verhältnisse, die Welt so, wie sie ist. Gorki war

## Verbandstag der Polizeibeamten

**Debit, 27. März. (Sig. Drahtbericht)**  
Vom 24. bis 27. März fand hier der 3. außerordentliche Verbandstag des Verbandes sächsischer Polizeibeamten, G. R. Stat., nachdem am Sonntag der Hauptverbandstag und am Montag die einzelnen Sachgruppen in nichtöffentlicher Sitzung tagten, wurde heute der öffentliche Verbandstag eröffnet.  
Nach einer, in den Vorunterschieden abgehaltenen nichtöffentlichen Sitzung der Delegierten, wurde die Tagung gegen 11.30 Uhr vom Verbandsvorstand *Perlt* im Saale des Schützenhauses eröffnet. Der Saal war in den Reihen und Vorderreihen geschnitten. Auch die Behörden und Gewerkschaftler hatten zahlreiche Reihen aufsetzen, letztere wohl wegen des Geldes.  
Wie wir erfahren, kam es in der internen Sitzung am Vormittag in Differenzen mit der Sachgruppe *Landespolizei*, die wohl dazu gelangt haben mochten, daß dieselbe an der Tagung nicht teilnimmt. Der Grund der Differenzen ist in der Sache die Verwaltungserfordernisse betingte Umorganisation der Polizei zu sehen und es herrscht unter den Delegierten allgemein die Meinung vor, daß es sich um persönliche Freiheiten des früheren Reiches *Stephan* handelt, der den Kampf gegen den Verlust seines Worts führt.  
Diesfall beglückte die verschiedenen Vertreter der Behörden, des Landtages und der Presse. Nicht erschienen sind die Vertreter der SPD, der Wirtschaftspartei und Regierung. Der Regierungshandeln um die Freiheit der Koalition dürfte sie verheeren haben. In seiner Begrüßungsrede wies *Treffel* darauf hin, daß die Verordnungsordnung und das Polizeibeamtengesetz nicht heftigsten form und wäre der Kampf dagegen zu fordern. Der Landtag, so erklärte der Redner, hat den

nahezu der erste Künstler, der es wagte, die Welt des Lumpenproletariats, der ganz ausgelagerten und verelendeten Existenz, des Auswurfs der Gesellschaft, zu gestalten. Er führte die *Wassilj*, die „Verführer“, wie man die *Wassilj* in Rußland zu nennen pflegt, gleichsam „in die Literatur“ ein. Er schilderte in der Erzählung „Verlorene Leute“ das Treiben in einem Nachtklub in Kasan und steigerte die *Wassilj* dann zu dem unübertrefflichen Kunstwerk „Das Nachtklub“.

Das Entscheidende aber, das Gorki bei der Gestaltung aller dieser zahllosen Figuren aus der Unterklasse zum Ausdruck brachte, und das ihn meilenweit von jedem bürgerlichen Dichter scheidet, der die Welt des Proletariats oder des Lumpenproletariats wiedergibt, ist sein Verhältnis zu diesen Menschen und ihrem Leben. Er stellt sich nicht „über sie“, appelliert nicht, — wie es etwa ein *Gerhart Hauptmann* selbst in den Höhepunkten seines Schaffens bis zu einem gewissen Grade tat, — an die Tränenröhen des Mitleides eines bürgerlichen Publikum für das Schicksal seiner Geschöpfe, sondern er stellt sich voll und ganz mit ihnen und entrückt hinter jeder Kränze von Schmutz, Apoplexie, Bossheit oder Verlorenheit immer wieder den Rebellenstrahl gegen die unumwunden und unumkehrlichen Verhältnisse, in denen ein jeder aus der Fülle dieser Gestalten des Elends zu leben gezwungen ist.

Die Aufzeichnung, der Kampf, der Wille zur Empörung — dieser Geist, der im „Sturmvogel“ den schönsten dichterischen Ausdruck gefunden hat, besetzt alle Menschen, die Gorki erschafft!

Das Wesen des großen proletarischen Künstlers und wahren Volkshelden, dem die Arbeiter aller Länder an seinem leuchtendsten Geburtstag ihre brüderlichen und heißen Wünsche senden, die ihm willkommen sind, als aller Spektakel der sogenannten bürgerlichen „Kulturwelt“, — das Wesen Maxim Gorki's läßt sich am besten mit seinen eigenen Worten wiedergeben:

„Ich will, daß jeder, der Menschenantheil trägt, auch wie ich ein Mensch sei. Sinnlos, erbärmlich und widerwärtig ist dieses ganze Leben, in dem die übermächtige klassische Arbeit der einen ruht darauf geht, damit die anderen sich an Brot und geistigen Genüssen überfüllen können.“

## Eloyd George und die silbernen Kugeln

**London, 27. März. (Sig. Drahtbericht)**  
Eloyd George, der englische Ministerpräsident während des Weltkrieges, hat bekanntlich den Vorschlag getan, daß der Krieg nicht durch die Stahlgelöhne der Gewerke und Kanonen gewonnen sei, sondern durch die „silbernen Kugeln“, d. h. die Geldmacht der Weltmärkte.  
Und dann ist etwas Wichtiges. Mit ihren „silbernen Kugeln“ hofft die Kapitalistenklasse auch diesen Wahlkampf in Deutschland zu gewinnen. Aber sie rechnet natürlich nicht mit der Arbeiterklasse. Die deutsche Arbeiterklasse wird die hinteren Absichten des Kapitalismus jenseits machen, indem sie die Klassenfront des Proletariats stärkt und die kommunistische Partei als die politische Klassenorganisation der deutschen Arbeiterklasse energisch unterstützt durch Sammlung und durch Spenden für den Kampf- und Wahlkampf der kommunistischen Partei!

**Parteilosen!** Hast du in dieser Beziehung schon deine Pflicht getan? Oder willst du, daß die „silbernen Kugeln“ der Bourgeoisie auch diesen Wahlkampf gewinnen?

Jeder ein FLUGBLATT

Unterstütze den Kampf der K.P.D.

Zeichne für den Wahlkampf

Beamten ein neues Unrecht zugefügt, während er selbst sehr wenig für sie getan hat. Es wurde ein Ausnahmestrich gegen die Beamten geschaffen. Es sprachen dann die Vertreter der Behörden, Regierung und Parteien. Für die kommunalistische Landesorganisation begrüßte *Genosse Kenner* den Verbandstag und erklärte, die Polizeibeamten haben in den letzten Monaten und Jahren so manches erlebt und werden deshalb am besten beurteilen können, was ihre Interessen betrifft. Sie dürfen nicht nur aufstehen, was ihnen die Vertreter von Partei und Behörden auf ihrem Verbandstag versprechen, sondern das Wiefen der Leute auch in der Anwesenheit der Tagung und darüber hinaus beobachten.

Die Stellung der kommunistischen Partei und ihrer Paragrafenorganisation ist zur Genüge bekannt und jeder weiß, daß wir die Interessen der unteren und mittleren Beamten vertreten. Was dieser vorgetragenen Stellung ergeht sich auch unsere Stellung zu den Polizeibeamten. Wir haben bei der Regelung der Verordnungsordnung ernsthaft darum gekämpft, das Ausmaß der unteren und mittleren Beamten zu richten. Meine Fraktion hat nicht nur einen wesentlichen Teil ihrer Verhandlungsbefugnisse befreit, sondern darüber hinaus weitestgehende Anträge gestellt, die von der Mehrheit des Parlaments abgelehnt oder in den Ausschüssen gegeben wurden. Diesen Kampf führten wir auch bei der Behandlung des Polizeibeamtengesetzes. Natürlich hatten wir die Regelung der Verordnungsordnung für nicht genügend und wissen, daß auch Sie nicht damit zufrieden sind. Ebenso verhält es sich mit dem Polizeibeamtengesetz. Es hat die Mitarbeiter nicht befähigt, die Lage der Beamten zu verbessern und die Rechte, gewisse Gruppen, die Offizierslaufbahn zu beschreiten, nicht abzuschaffen. Der Aufstieg aus dem Mannschaftsstand zum Offizier ist nicht als Grundrecht eingeleitet. Die Beamten erhalten zur Beschaffung und Instandhaltung der Kleider, Kleidergeld und haben Mühe, darum zu kämpfen. (Wie wir dazu erfahren, beabsichtigt die Regierung, Uniformen zu liefern, um alte Bestände aus der Kriegs- und Nachkriegszeit an den Mann zu bringen. Die K.)

Nach der neuen Regelung soll der Sicherheits- und Straßendienst eine ganze Anzahl Stellen erhalten. Das bedeutet in der Praxis, daß die Beamten schweren Dienst in Form der Verordnungsstellen leisten müssen. Der Verbandstag muß zu dieser Frage Stellung nehmen und gegen diese Verschlechterung ankämpfen. Wir hören, daß Sie heute schon einen Konflikt mit der Sachgruppe Landespolizei hatten und möchten, daß Sie diese Differenzen bald überwinden, um eine einheitliche und geschlossene Organisation zu erhalten.

Wir haben auf allen Verbandstagen betont und legen es auch heute wieder mit allem Nachdruck, daß Sie ihre Organisation nicht an die der Arbeiter angliedern müssen, um erfolgreich Ihre Interessen vertreten zu können. Wäre der Verbandstag ein einheitlicher Schritt auf diesem Wege sein. So wie wir hier die Interessen der unteren Beamten vertreten, werden wir auch in Zukunft auch dafür einstecken.

Für die SPD sprach *Liebmann*, der betonte, daß im Landtag nur die SPD und SPD für die Belange der Beamten eingetreten sind. Der Volksparteiler *Geist* verurteilte ebenso wie der Sozialdemokrat *Bohrer*, die Politik seiner Partei zu rechtfertigen. Letzterer erklärte ebenfalls, unterer Beamter zu sein. (Die Delegierten werden unterscheiden können, ob ein Vorkämpfer zu den oberen oder unteren Beamten gehört.)

In dem nächsten Punkt der Tagesordnung — Verwaltungserfordernisse — erbielt der Sekretär *Hoch* das Wort. Er legt die Verhandlungen in der Verwaltungserfordernisse, behandelt den Stellenbesetzungs- und unterteilt ihn einer eingehenden Kritik, um dann nochmals die Forderungen des Verbandes herauszufinden.  
Der Verbandstag beschließt, das Referat ohne Diskussion anzunehmen und tritt dann in den nächsten Tagesordnungspunkt — Geschäftsberichte — ein. In einem einstimmigen Beschlusse wird der gesamte Ausschuss des Verbandes *Lehmann* *Polizei* *beamtet*, *Throdel*, *entwählt* die *Vorgeschichte* und erklärt, daß die Tätigkeit der Komposition des *DSB* mit der Interessenvertretung der unteren Beamten nicht zu tun habe. Zum Schluss seiner Ausführungen betonte er, daß ein Anschlag an den *Ausschuss* *Beamtentag* (A) *weder* *beabsichtigt* *noch* *durchgeführt* wurde. Die *Polizeibeamten* *haben* *ein* *mal* *zu* *sagen*, *denn* *wären* *es* *nicht* *gewesen*, *wäre* *es* *schon* *früher* *in* *der* *Verordnung*. (2) Die *Ministerratsungen* *haben* *mit* *diesen* *Ausschüssen* *ist* *erreicht*.

# Aus Dresden

# Vertriebenen

Soar, dunkel, dunkel Schmutz, ...

## Wistragen sind — Machtfragen!

Wistragen sind — Machtfragen! ...

Wistragen sind — Machtfragen! ...

## Die fristlose Entlassung besteht nicht zu Recht.

Abgesehen davon, daß die Klägerin Frau Samerst ...

## Wieviel ist unplündbar?

Bisher war der Betrag von 30 RM wöchentlich unplündbar ...

## Selbstmord am „Hohen Stein“.

Am Montag geriet an der Stübchen-Allée ...

## Verkehrsunfall.

Am Montag geriet an der Stübchen-Allée ...

## Einbruch.

In den Nächten zum Sonnabend oder Montag ...

## Gewarnt wird vor einem unbekanntem raffinierten ...

Gehtler, der in mehreren Fällen Vermietern um Geldbeiträge ...

Kleintraidrahten in Dresden ...

Neue Haltestellen auf den Kraftomnibuslinien C und F ...

Bildpostkarten ...

Städtische Bäckerei und Verkauf ...

Wer anpruchsvollere geistige Kost vorzieht ...

Schließlich sei noch auf die reiche Auswahl guter und wertvoller ...

Die Gebühren für die Benutzung der Lokale sind außerordentlich ...

Es liegt nun an der Dresdner Einwohnerschaft ...

Die Karten zur roten Rebue bald begriffen!

Die letzten Karten sind zu haben für 30 Pf. im Sekretariat ...

Fest- und Feiertage ...

An alle Anhänger der weltlichen Schule im Bereich der ...

Die städtischen Bedürfnisanstalten für Männer und Frauen ...

## „Hausmeister gesucht ...“

Jedem Proleten, der durch die Schleifmühle des Militarismus ...

Kunze besitzen in Bleibitz zwei Villen. Sie leben zwar nicht so aus ...

## Der Kampf der freien Künstler gegen die staatliche Hungerpeitsche

Die Ertatberatungen in den Haushaltungsausschüssen des Sächsischen ...

Die Kunstschulen auf ihrer jetzigen Grundlage stammen aus einer Zeit ...

Die Kunstschulen auf ihrer jetzigen Grundlage stammen aus einer Zeit ...

Die Kunstschulen auf ihrer jetzigen Grundlage stammen aus einer Zeit ...

Die freien Künstler tragen zur Bedeutung des öffentlichen Kunstlebens ...

Aus diesem Bewußtsein heraus fordern wir:

- 1. eine würdigere und wirksamere Bereitstellung von öffentlichen Mitteln;
2. Ausschaltung der Gehaltsempfänger bei den öffentlichen Kunstfonds;
3. endlich Zuteilung des Mitbestimmungsrechtes in den staatlichen Kunst-Aufwahrsammissionen;
4. Reform der Akademie;
5. Reform des Akademischen Rates.

Unterschieden sind diese Forderungen von einer Reihe namhafter ...

Arthur Rudolph, Max Hoyer, Wilhelm Eller, Otto Meißner, Bertelsohn ...

Die kommunalistische Fraktion im Sächsischen Landtag ...

Gender (Arbeiterkorrespondenz)

Der Schulleiter, Genosse Gröger, war ihm mit einer...

Der Schulleiter, Genosse Gröger, war ihm mit einer...

Der Schulleiter, Genosse Gröger, war ihm mit einer...

Der Schulleiter, Genosse Gröger, war ihm mit einer...

Der Schulleiter, Genosse Gröger, war ihm mit einer...

Der Schulleiter, Genosse Gröger, war ihm mit einer...

Der Schulleiter, Genosse Gröger, war ihm mit einer...

Der Schulleiter, Genosse Gröger, war ihm mit einer...

Der Schulleiter, Genosse Gröger, war ihm mit einer...

Der Schulleiter, Genosse Gröger, war ihm mit einer...

Wohnungselend

Freiberg. Schon wiederholt wussten wir zu den Wohnungs...

Wie die Kirche „christliche“ Pachtverträge abschließt

Pöhlitz. In unserer Gemeinde hatte sich ein arbeitsloser...

Der Gesundheitszustand Freital's

Starker Geburtenrückgang / Zunehmende Säuglingssterblichkeit / 55 Prozent der Kinder unterernährt

Die DMB-Ortsverwaltung Hagen abgefeckt

Aus dem Gemeindeparlament

Reichenau. Bei vollbesetztem Hörsaalraum fand die aus...

Reichenau. Zu der am Sonntag dem 1. April, 9 Uhr im...

Die Internationale der Bildungsarbeiter in Leipzig Ostern 1928

Programm Ostermontag den 9. April abends: Internationale...

Rundgebung in Pirna

Pirna. Am Freitag den 30. März findet 11:30 Uhr im...

Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie ja gehen!

Niederriedelitz. Diese Worte mußte sich kürzlich ein Arbeiter...





DRESDEN-A.

Sie erhalten alle Molkeerprodukte Vollmilch, Schlagsahne, Sahne, Joghurt, Butter, verschied. Käsesorten und sonstige Lebensmittel in bester Beschaffenheit in Dresden und seinen Vororten durch unsere zahlreichen Verkaufsstellen. DRESDEN-A. 27 DREMA A.-G. WÜRZBURGER STRASSE 9



Reinigeri mit Café Schönbrüder (fr. Café Martini) Amalienstr. 15

Restaurant „Stiffahof“ Wollweberplatz 4

Tambour-Kaffee-Rösterei G. m. b. H. Dresden-A., Marienstraße 16

Zigarren, Zigarotten, Tabake Kurt Lindner, Maternstr. 12

KAFFEE-RÖSTEREI ALBIN SCHMIDT Pflitzer Str. 16, nahe Kellnersplatz

Sanitätshaus Frauenhilfe 16 Pflitzer Straße 16

Haare / elektr. Haarschneiden alle Parfümieren Moritz Richter, Josephinenstraße 5

Bellevue Prof. Dr. Schaubert u. Dr. med. ff. Ballmusik Walthersstr. 27

Berufskleidung 43 A. ALTUS Große Brüdergasse 43

Kauf nur in der Radio-Zentrale O. Grohmann Dresden-A., Reifbahnstraße 5

Restaurant Rabenchenke 26 Amalienstraße 26

Konditorei und Feinbäckerei Alfred Beyer, Große Brüdergasse 13

„Atlantic“ Deutsche Seefischvertriebs G. m. b. H. Zweigniederlassung Dresden-A. 1, Annenstraße 16

Photo-Schönfeldt Amalienstraße 10 / Kameras Klino, Zubehör u. Photoarbeiten



Restaurant Reisewitz (früher Schloßautomat) Gr. Brüderg. 14

Kohn's Schuhhäuser Annenstr. 39, Bautzener Straße 23

Drogenspezialhaus Kräuter, Gewürze, Farben Spalteholz & Bley Pflitzer Straße 20

Drif- und Kupferbäder Bruno Straube Breite Brühlstraße 38

Zigarrenhaus „Hier ist es“ Annenstraße 41

Haus- und Küchengeräte Hugo Rüdert Nur Große Brüdergasse 8

la Kernleder la vorteilhaft nur Falkenstraße 10

Optische Anstalt H. Beyer Nachf. Inh. Hans Stempel Pflitzer Straße 20

DRESDEN-PIESCHEN

Sport- und Trikotagen-KADEN Torgauer Str. 33 Fernr. Nr. 83507

Konditorei und Café „SAXONIA“ Hermann Kaut, Oschatzer Straße 15

Kommels Schokoladenhaus Ecke Torgauer u. Bürgerstraße

Wettsteinhoff Stüt / Rost / Wabbe Albert Finke, Würgerstraße 8

Paul Schimpf, Fischgroßhandl. Oschatzer Straße 21

Wibin Seiferei Wühlfelder Straße 41

Molke-Apotheke Leipziger Straße 150

R.Thomschke, Moltkestr. 56 Schreinermeister / Schuhwaren

Bavor Sie kaufen Möbel Max Höhnel

LICHTSPIELE STADT BREMEN

Karl Schick, Kollmer, Bürgerstr. 21

Kaffe / Saucen / Soßen / Essig / Essigsäure / Essigessenz / Essigkonzentrat

Photo- u. Fahrradhaus „Storn“

Molkereiprodukte Franz Wenzler, Kollmerstraße 24

DRESDEN-COTTA

LEBENSMITTEL Otto Bergmann / Moltke Landstraße 1

Verkaufsstelle der Arbeitslosen von Cotta

Schokoladen-Spezialgeschäft Ida Zieg, Cossebauder Str. 40

Storn-Drogaria, Erich Hoffmann

Lebensmittel-Adressenverzeichnis

Lebensmittel-Markt

Wittmann & Wollmann

Lebensmittel, Kolonialwaren

PHILIP-DROGERIE, Drogen, Farben, Lacke

W. Karl Dietrich

Spezialbäckerei

A. Gerten

Brot- und Backwaren

Friedrich Lehmann

Arthur Pöppel

DRESDEN-STREHLN

KÖNIGSHOF Dresden-Strehlen Gerhart-Hauptmann-Str. 62

Bruno Bergmann Gerhart-Hauptmann-Straße 39 Biergroßhandlung Siphonversand

DRESDEN-N.

Dampfwäscherei „Reform“ Inh. Alfred Kozbau

Möbelhaus „Union“ 17 Alaunstraße 17

Referat- und Kleiderbetten DRESDENIA

Damen- und Herrenhüte

DR-TRACHENBERGE Haus- und Küchengeräte

DRESDEN-REICK Arbeiter-Kauf Handwerkerbrat

Hans Fischer, Reicker Str. 113

Damen- und Herren-Friseur

Friseur Friedrich Walther

Zigarren-Spezial-Geschäft

DRESDEN-STRIESEN Drogerie Gerhard Pesch

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei PAUL THEILEMANN

Wagenverleihsstelle

Maschinenwerkstatt

Viktoria-Drogaria

Leder-Ausschnitt

Maschinenwerkstatt

Schirme, Spazierstöcke, Bezüge

DAMENHÜTE

Spezialgeschäft für Schuhreparaturen

Hauswirtschaftliche und Kolonialwaren

ZSCHACHWITZ Kolonialwaren

Adler-Drogaria

DRESDEN-BLASEWITZ Wild, Geflügel, alle Sorten

A. HÖHLE Hübnerstraße 7

DRESDEN-DOBRTZ Gasthof Dobritz

DRESDEN-SEIDNITZ Alfred Fleck, Bäcker und Konditorei

Brano Kobolski, Schuhmacher

DRESDEN-LEUBNITZ Max Brann, Fleischermeister

DRESDEN-PROHLIS Gasthof Prohlis

Die gute, echte Holsteiner

Walter Ziegler, Finkenweg 5

Hermann Fehra, Bäcker

Privat-Mittagstisch

KLEIN-ZSCHACHWITZ Kaufhaus Dietrich

KHemanns Schuhhaus

DRESDEN-LOBTAU

Albert Saalhelm Aeltestes Spezialgeschäft

Kesselsdorfer Straße Ecke Dinaustraße

Gasthof und Bismarck Bürgergarten

für die Augen N. Dahn

ERNST BERTHOLD Kesselsdorfer Str. 1

FEINBÄCKEREI Walter Thoma

Gustav Müller, Fischhandlung

MAX HERZOG Kesselsdorfer Straße 19

Hans Trade, Kesselsdorfer Straße 19

Otto Frenzel, Kesselsdorfer Str. 30

Berthold Loreley Kesselsdorfer Straße 12

Richard Lohmann, Tarenthor Straße 72

Zigarrenhaus Gebr. Risse

Gasthof und Bismarck Bürgergarten

Die seit 40 Jahren bestehende Firma BLOUSENECKE

KESSELDORFER STR. 14

Mit. Huthaus, Lager städt. Mehlmehls

W. G. Götzel, Obst, Gemüse und

Wer Ons sporen will, gehe zu Jupiter MULLER

Uhren, Goldwaren, Optik Mende, Kesselsdorfer Str. 32

Kaor's Schokoladenhaus

Feinkost, Wild, Geflügel Oskar Grundmann